



Beschlussvorlage

Vorlage-Nr.:	BV/0509/2013/1		Datum:	23.10.2013			
Oberbürgermeister							
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt	Az:	20.1 / Ka				
Gremienweg:							
31.10.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Erlass der Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 2013; einschließlich Änderungen der Wirtschaftspläne und des Stellenplans						

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt

1. auf Grund von § 98 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31. Januar 1994 (GVBl S. 153), in der derzeit gültigen Fassung folgende Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan einschließlich Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2013,
2. auf Grund der §§ 2 und 15 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung für Rheinland-Pfalz vom 05.10.1999 (GVBl S. 373) für die Eigenbetriebe Grünflächen- und Bestattungswesen, Kommunalen Servicebetrieb Koblenz, Koblenz-Touristik und Stadtentwässerung folgende Nachtragswirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2013 und einen Nachtragswirtschaftsplan für das forstwirtschaftliche Unternehmen nach § 29 Landeswaldgesetz

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Mit dem Nachtragshaushaltsplan 2013 werden festgesetzt:

	gegenüber bisher	erhöht um	vermindert um	nunmehr festge- setzt auf
	Euro	Euro	Euro	Euro
1. im Ergebnishaushalt				
der Gesamtbetrag der Erträge	306.326.191	34.788.827	120.000	340.995.018
der Gesamtbetrag der Aufwendungen	342.564.780	13.276.603	2.237.057	353.604.326
der Jahresfehlbetrag	36.238.589		23.629.281	12.609.308
2. im Finanzhaushalt				
die ordentlichen Einzahlungen	299.293.240	34.326.299	120.000	333.499.539
die ordentlichen Auszahlungen	313.686.417	9.429.948	1.939.020	321.177.345

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-14.393.177		26.715.371	12.322.194
die außerordentlichen Einzahlungen	0	0	0	0
die außerordentlichen Auszahlungen	0	0	0	0
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0	0	0	0
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	26.449.030	1.489.730	4.620.950	23.317.810
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	48.157.465	587.500	14.226.210	34.518.755
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-21.708.435		10.507.490	-11.200.945
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	52.085.212		37.461.862	14.623.350
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	15.983.600		239.000	15.744.600
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	36.101.612		37.222.862	-1.121.250
der Gesamtbetrag der Einzahlungen	381.902.882	35.816.029	42.202.811	375.516.100
der Gesamtbetrag der Auszahlungen	381.902.882	10.017.448	16.404.230	375.516.100
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0	25.798.581	25.798.581	0

§ 2 Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung neu festgesetzt für

zinslose Kredite von bisher	0 Euro	auf	0 Euro
verzinsten Kredite von bisher	22.708.435 Euro	auf	12.200.945 Euro
zusammen von bisher	22.708.435 Euro	auf	12.200.945 Euro

§ 3 Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (**Verpflichtungsermächtigungen**) führen können, wird festgesetzt von bisher 19.117.000 Euro auf 29.845.800 Euro.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, ändert sich von bisher 15.017.000 Euro auf 16.466.700 Euro.

§ 4 Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 250.000.000 Euro nicht verändert.

§ 5 Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden gegenüber der bisherigen Festsetzung neu festgesetzt:

1. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Die Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Sondervermögens Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (Eigenbetrieb) von bisher 13.000.000 Euro bleiben unverändert.

Die Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Sondervermögens Grünflächen- und Bestattungswesen (Eigenbetrieb) von bisher 833.300 Euro bleiben unverändert.

zusammen 13.833.300 Euro.

2. Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung des Sondervermögens Koblenz-Touristik (Eigenbetrieb) verändert sich von bisher 2.000.000 Euro auf 4.500.000 Euro.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung des Sondervermögens Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (Eigenbetrieb) von bisher 2.500.000 Euro bleibt unverändert.

zusammen von bisher 4.500.000 Euro auf 7.000.000 Euro.

3. Verpflichtungsermächtigungen

Sondervermögen Stadtentwässerung (Eigenbetrieb) von bisher 3.030.000 Euro auf 20.460.000 Euro.

darunter:

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, bleiben mit 0 Euro unverändert.

Die Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens Grünflächen- und Bestattungswesen (Eigenbetrieb) von bisher 2.450.000 Euro bleiben unverändert.

darunter:

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, bleiben mit 2.450.000 Euro unverändert.

zusammen von bisher 5.480.000 Euro auf 22.910.000 Euro.

darunter:

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, bleiben mit 2.450.000 Euro unverändert.

§ 6 Steuersätze

Die Steuersätze werden nicht verändert.

§ 7 Eigenkapital

Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2011 beträgt 491.718.506,11 Euro.
Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2012 beträgt 455.414.543,11 Euro.
Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2013 beträgt 442.805.235,11 Euro.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen

Die besonderen Vorschriften über die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen, sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen werden nicht verändert.

§ 9 Leistungszahlungen

Die besondere Vorschrift über die Festsetzung von Leistungsstufen und Zahlung von Leistungsprämien und Leistungszulagen wird nicht verändert.

§ 10 Wertgrenze für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze von 100.000 Euro sind im jeweiligen Teilfinanzhaushalt einzeln darzustellen. Die bisherige Festsetzung bleibt damit unverändert.

Koblenz, den .2013

Stadtverwaltung Koblenz

Prof. Dr. Hofmann-Göttig
Oberbürgermeister

Begründung:

Für die anstehenden Beratungen des Nachtragshaushaltsplanes 2013 und den Erlass der Nachtragshaushaltssatzung 2013 wurden bereits allen Ratsmitgliedern die Unterlagen für den Investitionsbereich mit Schreiben vom 11.09.2013 und für den ordentlichen Haushalt (konsumtiven Bereich des Ergebnis- und Finanzhaushalts) sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe mit Schreiben vom 27.09.2013 übermittelt.

Ein Nachtrag zum Forstwirtschaftsplan 2013 ist als Anlage 13 beigelegt.

Der Nachtragshaushaltsplan 2013 beinhaltet alle bekannten wesentlichen Veränderungen von Haushaltspositionen des investiven und konsumtiven Haushaltsplans sowie der Wirtschaftspläne.

1) Nachtragshaushaltsplan ordentlicher Haushalt (konsumtiver Bereich)

a) Haushaltskonsolidierung 2013 – Verständigungsverfahren mit Aufsichtsbehörde

Der konsumtive Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt auch grundsätzlich die im Rahmen des **aufsichtsbehördlichen Verständigungsverfahrens** vereinbarten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, soweit sie erhebliche Auswirkungen auf die Planansätze haben. Dies sind insbesondere:

- Anhebung Hebesatz **Grundsteuer B** um 20 %-Punkte auf 420 v. H.
- Erhöhte **Ausschüttung Stadtwerke Koblenz GmbH** um mind. 2 Mio. Euro netto
- Einsparungen bei den **EDV-Kosten** i. H. v. 200.000 Euro
- Reduzierung Zuschussbedarf Forum Confluentes: 1,2 Mio. Euro

Der Zuschussbedarf im Zusammenhang mit dem „Forum Confluentes“ wurde basierend auf der Kostenstellensystematik insgesamt um rd. **1,26 Mio. Euro** auf **nachfolgende Produkte aufgeschlüsselt** und im Nachtragshaushaltsplan dargestellt. Es wurden reduziert:

- | | |
|--|--------------|
| ○ 1141 „Kaufmännisches Gebäudemanagement“: | 221.533 Euro |
| ○ 2721 „Stadtbibliothek“: | 579.157 Euro |
| ○ 2511 „Mittelrhein-Museum“: | 457.878 Euro |
| ○ 2811 „Heimat- u. Kulturpflege“, 2621 „Musikpflege“, 2611 „Stadttheater“ insgesamt: | 1.600 Euro |

Hinweis: Ab 2014 entfällt die Schlüsselung auf die v. g. Produkte 2811, 2621 u. 2611.

b) Wesentliche Eckwerte ordentlicher (konsumtiver) Haushalt

Nachstehend werden die wesentlichen Veränderungen im Zahlenwerk des Nachtragshaushalts zum ordentlichen Haushalt in komprimierter Form dargestellt.

Im Nachtragsplan des **Ergebnishaushalts** 2013 (S. 13 Nachtragsplanentwurf) ergeben sich folgende Veränderungen:

		2013 Bisher Haushalt	2013 Neu Nachtrag	Erhöhung	Verminderung
1	lfd. Erträge Verwaltungstätigkeit	296.662.141	328.849.318	32.187.177	0
2	lfd. Aufwendungen Verwaltungstätigkeit	325.506.730	337.754.396	12.247.666	0
3 (=1-2)	lfd. Ergebnis Verwaltungstätigkeit	-28.844.589	-8.905.078	0	19.939.511
4	Zinserträge	9.664.050	12.145.700	2.481.650	0
5	Zinsaufwendungen	17.058.050	15.849.930	0	1.208.120
6 (=4-5)	Finanzergebnis	-7.394.000	-3.704.230	0	3.689.770
7(=3+6)	Ordentliches Ergebnis	-36.238.589	-12.609.308	0	23.629.281
8	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
9	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
10=(8-9)	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
11 (=7+10)	Jahresergebnis	-36.238.589	-12.609.308	0	23.629.281

- alle Beträge in Euro -

Der Nachtragsplan ist **wesentlich geprägt** durch

- Verbesserungen im **THH 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“** von per Saldo rd. 23,2 Mio. Euro. Die **Steuerermehrerträge** gegenüber der Basisplanung 2013 betragen davon allein rd. **22 Mio. Euro**. Hiervon entfallen Mehrerträge von 21,2 Mio. auf die Gewerbesteuer. Die an das Land abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt rd. 3,6 Mio. Euro. Der Netto-Mehrertrag der Gewerbesteuer bemisst sich somit auf 17,6 Mio. Euro.
- Verschlechterungen im **THH 8 „Schulen“** von rd. 6,8 Mio. Euro, wovon jedoch 4,75 Mio. Euro nicht kassenwirksam werden. Sie werden bilanziell als Verbindlichkeit dargestellt und belasten haushalterisch nur den Ergebnishaushalt. Ebenso werden in Abstimmung mit der Anlagenbuchhaltung erhebliche Beträge vom investiven in den konsumtiven Haushalt verschoben.
- Erhebliche Veränderungen im **THH 6 „Jugend und Soziales“** bei einzelnen Haushaltspositionen, die sich per Saldo überwiegend aufheben.
- Einbuchung von **Haushaltskonsolidierungsbeiträgen** in den Teilhaushalten (wesentlich: Erhöhung Grundsteuer B, erhöhte Gewinnausschüttungen Stadtwerke und Minderaufwendungen „Forum Confluentes“)

Neue Kennzahlen zum Ergebnishaushalt (S. 14 Haushaltsplanentwurf)

Im Nachtragshaushalt 2013 wird auf Seite 14 erstmalig ein Überblick über die Entwicklung von verschiedenen Ertrags- und Aufwandsquoten gegeben.

Dieser soll helfen, die im Ergebnishaushalt (EH) dargestellten Größen (Steuern, Personalkosten, Abschreibungen, Sozialaufwendungen, Zinsen u. a.) zu bewerten und könnte Grundlage für einen interkommunalen Vergleich sein.

Bezugsgrößen sind dabei die "Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit" (EH Zeile 10), die "Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit" (EH Zeile 19) sowie die Einwohnerzahl der Stadt Koblenz.

Die dargestellten **Strukturkennzahlen** sind einem Leitfaden des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur entnommen. Seit dem Haushaltsjahr 2011 werden sie im auch Anhang zur Haushaltsgenehmigung von der ADD ausgewiesen.

Die ermittelten Planwerte führen im **Finanzhaushalt** des Nachtrages (Seiten 17 u. 18 Haushaltsplanentwurf) in den **wesentlichen Eckdaten** zu folgenden Ergebnissen:

		Plan 2013 - in Euro -	2013 Nachtrag - in Euro -	Mehr/ weniger -in Euro -
1	Saldo lfd. Ein- u. Auszahlungen Verwaltungstätigkeit (Zeile 18)	-6.999.077	15.295.624	-22.294.701
2	Saldo ordentl. Ein- u. Auszahlungen (Z. 22)	-14.393.177	12.322.194	-26.715.371
3	Auszahlungen Tilgung Investitionskredite (Zeile 46)	15.709.000	15.470.000	-239.000

4	Saldo Zeile 22 u. 46	-30.102.177	-3.147.806	+26.954.371
5	abzügl. Auflage ADD 1-Million Euro	1.000.000	1.000.000	
6	Saldo Ein- u. Auszahlungen Kredite zur Liquiditätssicherung (Z. 50)	29.102.177	2.147.805	-26.954.371

Zu 1: Saldo laufende Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit:

Die o. a. Haushaltsverbesserungen führen gegenüber dem negativen Basiswert 2013 zu einem **erheblichen Überschuss** im Planansatz des Nachtrags 2013 im Saldo des „laufenden Verwaltungsgeschäftes“.

Zu 2: Saldo ordentliche Ein- u. Auszahlungen

Es wird hier das Ergebnis des laufenden Verwaltungsgeschäftes **unter Einbeziehung** der Zinsein- u. -auszahlungen u. sonstigen Finanzein- u. -auszahlungen (u. a. Gewinnausschüttungen) dargestellt.

Auch hier zeigt der Nachtragswert im Vergleich zur Basis 2013 einen **erheblichen positiven Wert**. Der Saldo verbessert sich um 26,7 Mio. Euro.

Zu 3: Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten

Nach der Haushaltssystematik ist im ordentlichen Haushalt (s. Nr. 2) ein Überschuss zu erwirtschaften, der ausreicht, um die planmäßige Tilgung von Investitionskrediten (Nr. 3) zu decken.

Ob diese haushaltsrechtliche Zielvorgabe erreicht wird, ergibt sich nach **Nr. 4** (s. Saldo) der Tabelle. Gegenüber der Basis 2013 ergibt sich im Nachtrag 2013 hier zwar eine hervorragende Verbesserung von fast 27 Mio. Euro, dennoch ergibt der Saldo noch einen negativen Wert von über 3 Mio. Euro.

c) Entwicklung Teilergebnishaushalte Nachtrag 2013

THH	Bezeichnung	Basis 2013	Nachtrag 2013	Mehr / Weniger
1	Innere Verwaltung	-18.986.094	-18.625.416	360.678
2	Bürgerdienste	-991.088	-991.088	0
3	Umwelt	-1.534.732	-1.492.432	42.300
4	Wirtschaft	-1.267.854	-427.840	840.014
5	Sicherheit u. Ordnung	-16.032.424	-15.103.256	929.168
6	Jugend u. Soziales	-75.798.805	-75.648.400	150.405
7	Sport	-6.495.073	-6.551.093	-56.020
8	Schulen	-19.786.220	-26.540.489	-6.754.269
9	Kultur	-17.186.230	-16.035.494	1.150.736
10	Bauen, Wohnen, Verkehr	-32.589.919	-28.893.628	3.696.291
11	Zentrale Finanzdienstleistungen	154.429.850	177.699.828	23.269.978
	Saldo	-36.238.589	-12.609.308	23.629.281

- alle Beträge in Euro -

Nachfolgend werden die für die Ergebnisveränderung relevanten **wesentlichen Haushaltspostitionen** kurz erläutert:

zu Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“:

- **Prod. 1131 Organisation** (S. 46):
Einsparungen von 81.000 Euro bei EDV-Kosten zur Haushaltskonsolidierung.

- **Prod. 1141 Kaufmännisches Gebäudemanagement**: (S. 50)
Minderaufwendungen von 222.000 Euro: Anteilige Kosten „Forum Confluentes“ zur Haushaltskonsolidierung nach Schlüsselung über Kostenstellen.

zu Teilhaushalt 3 „Umwelt“:

Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung im Bereich des Umweltamtes, u. a. bei den EDV-Kosten.

zu Teilhaushalt 4 „Wirtschaft“:

- **Prod. 5117 BUGA 2011** (S. 102):
 - Mehraufwand von 49.000 Euro wg. erhöhter Anwalts- u. Gutachtenkosten
 - Mehraufwand von 475.000 Euro wg. Bildung Rückstellung im Zusammenhang mit Projekt P501014 „Bahnhaltdepot Stadtmitte“ (Verzugszinsen ARGE)
- **Prod. 5711 Kommunale Wirtschaftsförderung** (S. 106):
 - Mehrerträge 230.000 Euro, Verkaufserlöse Grundstücke über Buchwert
 - Mehrerträge aus dem Verkauf der Altimmobilien Mittelrhein-Museum, Stadtbibliothek und Bürresheimer Hof i.H.v. rd. 676.000 Euro (Verkaufserlös über dem Buchwert)
 - Minderaufwendungen im Bereich der Abschreibung (rd. 558.000 Euro)

zu Teilhaushalt 5 „Sicherheit und Ordnung“:

a) Ordnungsamt:

- **Prod. 1231 Verkehrsüberwachung** (S. 128):
 - Mehrerträge Überwachung ruhender Verkehr: 200.000 Euro.
 - Mehraufwendungen Portokosten: 50.000 Euro.
 - Minderaufwendungen Kosten Stationäre Überwachungsanlagen: 55.000 Euro
- **Verschiedene Produkte** (S. 120 ff):
 - Minderaufwendungen von 39.000 Euro im Bereich EDV-Kosten zur Haushaltskonsolidierung.

b) Feuerwehr:

- **Prod. 1261 Brandschutz** (S. 144):
 - Minderaufwendungen: 507.000 Euro: neues Konzept Heizungsanlage Hauptfeuerwache u. teilweise Verlagerung Kosten nach 2014.
 - Minderaufwendungen von 61.750 Euro. Miete für neuen Feuerwehrstützpunkt Wache Nord wurde erst ab Juni 2013 fällig.
- **Prod. 1262 Leitstelle** (S. 148):
 - Erhöhte Erträge aus der Auflösung von Sonderposten: 383.000 Euro.
 - Erhöhte Kostenerstattungen vom Land: 90.000 Euro.
 - Ansatzkorrektur Abschreibungen: Erhöhung um 362.000 Euro.

zu Teilhaushalt 6 „Jugend und Soziales“:

- **Erhöhte Erträge:**
 - Zuwendungen u. a.: 335.000 Euro.
 - Erträge soziale Sicherung: 4.906.000 Euro; u. a.:
- ✓ **Prod. 3111 Grundversorgung u. Hilfen gem. SGB XII** (S. 164)

- Ab 2013 erstattet Bund den Ländern 75 % der Nettoaufwendungen der Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung: +1,7 Mio. Euro Erstattung an Stadt.
- Erhöhte Erstattung Land wegen Mehraufwendungen „Leistungen Teilhabe am Leben/ Grundsicherung“: 670.000 Euro.
- ✓ **Prod. 3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende** (S. 168)
 - Erhöhte Ausgleichsleistung zu Mehraufwendungen Stadt: 507.000 Euro.
- ✓ **Prod. 3611 Förderung v. Kindern in Tageseinrichtungen** (S. 192)
 - U. a. Nachzahlungen Land aus Abrechnungen 2011 u. 2012: 1,78 Mio. Euro.
 - Rückzahlungen von freien Trägern für zuviel geleistete Vorauszahlungen nach Abrechnungen der Jahre 2011/12: 350.000 Euro.
- **Erhöhte Aufwendungen:**
 - Aufwendungen Soziale Sicherung: + 5,35 Mio. Euro
 - ✓ **Prod. 3111 Grundversorgung u. Hilfen gem. SGB XII** (S. 164)
 - Mehraufwendungen von 750.000 Euro u. a. wg. Anpassung Regelsätze u. Angemessenheitssätze für „Kosten der Unterkunft“.
 - Mehraufwendungen im Bereich „Leistungen Teilhabe am Leben/ Grundsicherung“: 700.000 Euro (Steigerung Pflegesätze und steigende Fallzahl).
 - ✓ **Prod. 3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende** (S. 168)
 - Mehraufwendungen 730.000 Euro (Anpassung Kaltmiete/ neuer Mietspiegel; leicht steigende Zahl Arbeitslose).
 - ✓ **Prod. 3611 Förderung v. Kindern in Tageseinrichtungen** (S. 192)
 - Mehraufwendungen 1,1 Mio. Euro wg. Neubauten u. Erweiterungen zzgl. Personal für Übergangslösung.
 - Weitere Mehraufwendungen von 613.000 Euro, u. a. im Bereich Förderung freie Träger, um Projekte im U-3-Ausbau zu realisieren.
 - ✓ **Prod. 3631 Sonst. Leist. Kinder-, Jugendhilfe** (S. 202)
 - Mehraufwendungen Heimerziehung: 1,2 Mio. Euro: Viele kurzfristige Heimunterbringungen und sehr kostenintensive Maßnahmen.

zu Teilhaushalt 7 „Sport“:

- **Erhöhte Erträge:** 100.000 Euro (S. 219).
- **Erhöhte Aufwendungen** (S. 228):
- 156.020 Euro, u. a. Sanierungsarbeiten, u. a.:
 - Conlog-Arena: 25.000 Euro
 - Duschanlage Schmitzers Wiese: 28.400 Euro
 - Erweiterung Personalraum Beatusbad: 22.720 Euro
 - Dachsanierung Restaurant, Freibad: 34.250 Euro
 - Erneuerung elektronische Anlagen, Freibad: 35.100 Euro

zu Teilhaushalt 8 „Schulen“:

Wesentliche Veränderungen:

- **Prod. 2012 Allgemeine Schulverwaltung** (S. 242):
 - Mehraufwendungen: 922.000 Euro:
Konsumtiver Anteil Sanierungsvertrag steigt, im Gegenzug sinken die investiven Auszahlungen.
 - Mehraufwendungen: 4,75 Mio. Euro
Sanierungsvertrag mit Wohnbau sieht vor, dass Wohnbau in den ersten 12 Jahren des Vertrages mehr Leistungen erbringt als tatsächlich bezahlt werden. In den weiteren 18 Jahren kehrt sich das Verhältnis um. Haushalterisch und bilanztechnisch wird die zurzeit erbrachte Mehrleistung als Verbindlichkeit ausgewiesen. Für das Jahr 2013 wird voraussichtlich eine Mehrleistung von 4,75 Mio. Euro erbracht. Dadurch erhöht sich die Verbindlichkeit gegenüber der Wohnbau. Dieser im Ergebnishaushalt darzustellende Aufwand wird nicht finanzwirksam.
- **Prod. 2121 Hauptschulen** (S. 250):
 - Mehraufwendungen von 722.000 Euro Brandschutz- u. Fassadensanierung Comenius-Schule. Masterplan Schulen.
- **Prod. 2151 Realschule plus** (S. 254)
 - Mehrerträge gegenüber Planansatz: 445.000 Euro. Plankorrektur. Keine Weiterleitung der Fördergelder an Wohnbau mehr, da mit Ablauf 2012 der im Schulbausanierungsvertrag festgeschriebene u. bisher weitergeleitete Betrag von 1,5 Mio. Euro bereits erreicht wurde.
- **Prod. 2171 Gymnasien** (S. 258)
 - Mindererträge: 841.000 Euro (Zuweisungen Land)
 - Minderaufwendungen: 1.285.600 Euro
In diesem Produkt verzögerte sich der Baufortschritt bei der Brandschutzsanierung an 4 Gymnasien (Eichendorff, Hilda, Asterstein Karthause). Dadurch auch Verschiebungen der Landeszuweisungen.
 - Mehraufwendungen: 200.000 Euro bei Brandschutzsanierung Görres-Gymnasium. Zügiger Baufortschritt. Mittel 2014 wurden vorgezogen.
- **Prod. 2311 Berufsbildende Schulen** (S. 272)
 - Mehraufwendungen: 440.000 Euro, u. a. 375.000 Euro für Fenster-, Fassaden u. Dachsanierung BBS Wirtschaft.

zu Teilhaushalt 9 „Kultur“ (ab S. 281):

Dieser Teilhaushalt beinhaltet im Wesentlichen die Minderaufwendungen „Forum Confluentes“ von **1,26 Mio. Euro** bei nachfolgenden Produkten:

- 2721 „Stadtbibliothek“: 579.157 Euro
- 2511 „Mittelrhein-Museum“: 457.878 Euro
- 2811 „Heimat- u. Kulturpflege“, 2621 „Musikpflege“, 2611 „Stadttheater“ insgesamt: 1.600 Euro

Hinweis: Ab 2014 entfällt die Schlüsselung auf die v. g. Produkte 2811, 2621 u. 2611.

Im Produkt 2611 **Stadttheater** werden für die Produktion „Evita“ in Ertrag u. Aufwand jeweils 120.000 Euro dargestellt.

zu Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen, Verkehr“ (ab S. 321):

Die Unterdeckung dieses Teilhaushalts kann gemäß der aktuellen Nachtragsplanung um rd. 3,7 Mio. Euro vermindert werden.

Wesentliche Veränderungen:

- **Prod. 5111 Räuml. Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen** (S. 326):
 - Per Saldo Verbesserung von 438.000 Euro. Einsparungen und Verschiebung erheblicher Aufwendungen u. Erträge (Landeszuschuss) bei „Lärmschutzmaßnahme Zentralplatz“
- **Prod.1142 Liegenschaften** (S. 338)
 - Mehrerträge über den Buchwerten aus Grundstücksverkäufen: 650.000 Euro
 - Zahlung der Stellplatzabläse für die Rhein-Mosel-Halle durch den Eigenbetrieb Koblenz-Touristik: 645.450 Euro
- **Prod. 5112 Geoinformation** (S. 342)
 - Mehrerträge von 1,9 Mio. Euro aus Abrechnungen Baulandumlegungen Bubenheim Nr. 77 (1,7 Mio. Euro) und Reiffenbergstr. (200.000 Euro)

zu Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“ (ab S. 393):

Der bisherige **Überschuss** dieses Teilhaushalts kann von 154,4 Mio. Euro um rd. **23,3 Mio. Euro** auf 177,7 Mio. Euro deutlich erhöht werden.

- **Prod. 6111 Steuern, allg. Zuweisungen u. Umlagen** (S. 399):

		Haushaltsansatz	Veränderung	Haushaltsansatz
		2013		Nachtrag 2013
Zeile 1	Grundsteuer B	18.739.000	261.000	19.000.000
Zeile 1	Gewerbsteuer	98.800.000	21.200.000	120.000.000
Zeile 1	Sonstige Vergnügungssteuer	1.600.000	400.000	2.000.000
Zeile 1	Zweitwohnungssteuer	120.000	110.000	230.000
Zeile 2	Schlüsselzuweisung B2	4.141.000	1.529.800	5.670.800
Zeile 2	Investitionsschlüsselzuweisung	1.539.000	-71.900	1.467.100
Zeile 2	Zuweisungen aus dem KEF	2.321.500	8	2.321.508
Zeile 4	Fremdenverkehrsabgabe	250.000	-250.000	0
	Summe Erträge:	127.510.500	23.178.908	150.689.408
Zeile 16	Gewerbsteuerumlage	16.630.000	3.565.000	20.195.000
Zeile 16	Finanzausgleichsumlage	4.585.000	98.600	4.683.600
	Summe Aufwendungen:	21.215.000	3.663.600	24.878.600

- **Prod. 6261 Beteiligungen, Anteile pp.** (S. 412):

- Per Saldo **Verbesserung** von über **2 Mio. Euro** wegen erhöhter Gewinnausschüttung Stadtwerke Koblenz GmbH gemäß Beschlüsse Gesellschafterversammlung und Stadtrat.

2) Nachtragshaushaltsplan investiver Haushalt 2013

Den Ratsmitgliedern wurde mit Schreiben vom 11.09.2013 zusätzlich zu den Einzelübersichten der im investiven Nachtragshaushaltsplan 2013 dargestellten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen eine Übersichtsliste aller Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Jahres 2013 mit den veränderten Ansätzen zum Nachtragshaushaltsplan überreicht.

Im investiven Nachtragshaushaltsplan sind die Ein- und Auszahlungen entsprechend dem Kassenwirksamkeitsprinzip darzustellen. Der Nachtragshaushaltsplan 2013 berücksichtigt daher alle

- ✓ notwendigen Ansatzserhöhungen wegen Mehrkosten
- ✓ Ansatzreduzierungen, u. a. wegen verspäteter Rechtskraft der Haushaltssatzung 2013
- ✓ bisher bewilligte über- u. außerplanmäßige Auszahlungen
- ✓ erforderliche Veränderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen

Die vorläufigen **Eckdaten** des **investiven Nachtragshaushaltsplans 2013** ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

	Nachtrag 2013 - € -	2014 - € -	2015 - € -	2016 - € -
Gesamteinzahlungen Investitionstätigkeit	23.317.810	20.455.090	11.557.530	13.107.540
Gesamtauszahlungen Investitionstätigkeit	34.518.755	45.868.290	25.234.990	17.858.195
Saldo Ein- u. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-11.200.945	-25.413.200	-13.677.460	-4.750.655
Abschreibungen	23.301.673	24.408.331	24.869.075	25.550.672
Sonderposten	5.821.481	5.609.274	5.752.444	5.971.771
Einzahl. aus der Aufnahme von Investitionskrediten*	12.200.945	26.413.200	14.677.460	5.750.655
Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	15.470.000	16.453.500	16.991.600	16.627.300
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	-3.269.055	9.959.700	-2.314.140	-10.876.645

***Anmerkung zu den Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten:**

Die Haushaltsansätze der Jahre 2013 bis 2016 berücksichtigen einen zusätzlichen Kreditbedarf zur Verminderung der Liquiditätskredite gemäß einer Forderung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier in Höhe von jährlich 1.000.000 Euro.

Das bisherige **Investitionskreditvolumen** in Höhe von 22.708.435 Euro vermindert sich nach der aktuellen Planung um 10.507.490 Euro auf 12.200.945 Euro.

Die **Netto-Neuverschuldung** im Bereich der Investitionskredite verändert sich demnach wie folgt:

	2013	2013	mehr/ weniger
	Bisheriger Haushalt	Nachtrag	
Investitionskreditbedarf	22.708.435	12.200.945	-10.507.490
Tilgung Investitionskredite	15.709.000	15.470.000	-239.000
Netto-Neuverschuldung	6.999.435	-3.269.055	-10.268.490

- Beträge in Euro -

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen führen können, steigt im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes 2013 von 19.117.000 Euro deutlich um 10.728.800 Euro auf **nunmehr 29.845.800 Euro**.

Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Vorhaben:

Entwicklungsmaßnahme Bubenheim	=	1.200.000 Euro
Ersatzsporthalle Regenbogengrundschule Lützel	=	1.885.500 Euro
Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein	=	3.000.000 Euro
Ausbau 2. BA Carl-Spaeter-Str./August-Horch-Str.	=	1.600.000 Euro
Sanierung Europabrücke	=	3.400.000 Euro
Ausbau Blindbach Ehrenbreitstein	=	1.400.000 Euro
Vorlandbrücke Europabrücke Lützel	=	11.000.000 Euro

Die **Ortsvorsteher** wurden im Hinblick auf die nach § 75 Abs. 2 GemO vorzunehmende Anhörung der Ortsbeiräte gebeten, den Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes 2013 zu beraten und die Ergebnisse der Verwaltung bis zum 10.10.2013 mitzuteilen. Sie erhielten ortsteilbezogen entsprechende Auszüge aus dem Entwurf des Nachtragshaushaltsplans.

Die Ergebnisse der Anhörung der Ortsbeiräte sind mit einer Stellungnahme der Verwaltung als Anlage 12 beigefügt.

3) Nachtragshaushaltspläne Wirtschaftspläne

Mit Schreiben vom 27.09.2013 hat die Verwaltung die Entwürfe der Nachtragswirtschaftspläne 2013 für die Eigenbetriebe Grünflächen- und Bestattungswesen, Kommunaler Servicebetrieb Koblenz, Koblenz-Touristik und Stadtentwässerung den Ratsmitgliedern übermittelt.

Auf Grund der §§ 2 und 15 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung für Rheinland-Pfalz hat der Stadtrat über die Änderungen der Wirtschaftspläne zu beschließen. Die Beschlusslage betreffend den Forstwirtschaftsplan ergibt sich aus § 29 Landeswaldgesetz.

4) Nachtragsstellenplan

Der **Stellenplan** ist im Rahmen des Nachtragshaushaltsplans 2013 anzupassen. Die Beratungsunterlagen liegen als Anlage 11 vor.

Anlagen:

Anlagen:

- Anlage 01:** Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan 2013
- Anlage 02:** Ergebnis- und Finanzhaushalt 2013 – Nachtragshaushaltsplan / *liegt vor*
- Anlage 03:** Einzeldarstellung Projekte investiver Nachtragshaushaltsplan 2013 / *liegt vor*
- Anlage 04:** Liste freiwilliger Leistungsbereich – Nachtragshaushalt 2013
- Anlage 05:** Nachtrag Wirtschaftsplan EB 67 / Grünflächen u. Bestattungswesen / *liegt vor*
- Anlage 06:** Nachtrag Wirtschaftsplan EB 70 / Kommunalen Servicebetrieb Koblenz / *liegt vor*
- Anlage 07:** Nachtrag Wirtschaftsplan EB 83 / Koblenz – Touristik / *liegt vor*
- Anlage 08:** Nachtrag Wirtschaftsplan EB 85 / Stadtentwässerung / *liegt vor*
- Anlage 09:** Änderungsliste investiver Nachtrag 2013
- Anlage 10:** Änderungsliste konsumtiver Nachtrag 2013
- Anlage 11:** Veränderung Stellenplan / Nachtrag 2013
- Anlage 12:** Stellungnahme Verwaltung über die Anhörung der Ortsbeiräte / Nachtrag 2013
- Anlage 13:** Nachtrag Forstwirtschaftsplan

Historie:

Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 21.10.2013